

Franz R. Hahn, Christa Magerl

Vermögen in Österreich

Aus dem Transformationsprozess von Produktions- in Vermögensökonomien entstehen Fragestellungen und Herausforderungen für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung, deren Beantwortung eine geeignete und zuverlässige Erfassung der Vermögensbestände einer Volkswirtschaft und ihrer Sektoren voraussetzt. Die Umstellung der VGR auf das Europäische System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1995 (ESVG 95) bzw. auf das System of National Accounts 1993 (SNA 93) trug dieser Anforderung Rechnung. Im ESVG 95 werden nicht nur wie im ESVG 79 Stromgrößen vollständig erfasst, sondern auch ein umfassender Kontenrahmen für die vollständige Abbildung des Nettovermögensbestands (Reinvermögen) einer Volkswirtschaft vorgegeben. Die statistische Erfassung von Vermögensbeständen im Konzept der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung beschränkt sich in Österreich zur Zeit auf das Geldvermögen bzw. die finanziellen Forderungen und Verbindlichkeiten. Das WIFO hat deshalb den Bestand an Realvermögen in Österreich gemäß ESVG 95 erstmals umfassend berechnet.

Der Beitrag greift auf eine Studie des WIFO mit finanzieller Unterstützung des Jubiläumfonds der Oesterreichischen Nationalbank (Projektnummer 9683) zurück: Franz R. Hahn, Christa Magerl, Sektorale Vermögensrechnung für Österreich, 2006 (86 Seiten, 40 €, Download 32 €: http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=25916) • Begutachtung: Gerhard Lehner • Konzeption und Durchführung der Vermögensrechnung für die Land- und Forstwirtschaft: Walter Sekot, Franz Sinabell • E-Mail-Adressen: Franz.Hahn@wifo.ac.at, Christa.Magerl@wifo.ac.at

Die Oesterreichische Nationalbank erstellt seit 1995 jährlich auf der Grundlage des ESVG 95 eine sektorale und gesamtwirtschaftliche Geldvermögensrechnung. Damit liegt für die beiden Unternehmenssektoren (nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften) und die Haushaltssektoren (private und öffentliche Haushalte) eine der Gliederung des ESVG 95 entsprechende Berechnung der finanziellen Forderungen und Verbindlichkeiten vor. Über den Bestand an produzierten und nichtproduzierten Vermögensgütern in Österreich gibt es hingegen keine umfassenden Berechnungen.

Für wichtige Teilaggregate des Anlagevermögens (z. B. Kapitalstock an Maschinen, Fahrzeugen und Bauten) der Sektoren nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften sowie öffentliche Haushalte sind Schätzungen von Statistik Austria verfügbar. Keine Berechnungen liegen zum Sach- bzw. Gebrauchsvermögen der privaten Haushalte vor. Eine statistische Erhebung zentraler Positionen des unbeweglichen Sachvermögens (z. B. Grundstücke) und des beweglichen Sachvermögens (z. B. Gebrauchsvermögen der privaten Haushalte einschließlich Kunstgegenstände, Antiquitäten, Sammlungen, Schmuck, Edelmetalle) fehlt ebenfalls.

Zur Naturvermögensrechnung, die gemäß dem ESVG 95 nunmehr Teil der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ist, hat Statistik Austria in Kooperation mit der Universität für Bodenkultur methodische Verfahren zur Bewertung des Waldholzbestands und des Waldbodens erarbeitet. Weiters liegen von Statistik Austria (in Kooperation mit der Geologischen Bundesanstalt) Arbeiten zur Erfassung der Reserven an Erdöl, Erdgas und Braunkohle in physischen Einheiten vor.

Der vorliegende Artikel untersucht die verfügbaren Daten in Österreich und prüft ihre Eignung als statistische Grundlage für eine sektorale Vermögensrechnung. Insbesondere wird ein Format für die Berechnung von Näherungswerten für bedeutsame nichtproduzierte Vermögensgüter in Österreich und deren Sektorzuordnung entwickelt. Weiters werden die verfügbaren vermögensrelevanten Daten in die sektoralen Vermögenskonten laut ESVG 95 eingeordnet. Das Rechenwerk soll im Sinne einer

**Zur Lage der
statistischen Ver-
mögenserfassung
in Österreich**

Vorstudie erste grobe Schätzungen einzelner zentraler Vermögenskategorien für den Zeitraum 1995 bis 2000 und deren Sektorverteilung erfassen und damit statistische Orientierungshilfe für weiterführende, methodisch fundierte Berechnungen leisten.

Überblick über den Stand der gesamtwirtschaftlichen Vermögensrechnung in den OECD-Ländern

Die Schätzung des Bestands an Anlagevermögen (Ausrüstung, Bauten) zählt zur Grundausrüstung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und bildet die Basis für die Bestimmung der volkswirtschaftlichen Abschreibungen. Für diesen wichtigen Teilbereich der Vermögensrechnung sind mittlerweile für alle OECD-Staaten hinreichend zuverlässige und methodisch kompatible Berechnungen nach einheitlichen Güterklassen und Wirtschaftssektoren für durchgehende Zeitbereiche verfügbar (OECD, 1993, 2001).

Bestandsschätzungen für Wertsachen, insbesondere Antiquitäten und Kunstgegenstände, konnten für kein OECD-Mitgliedsland recherchiert werden. Ebenso liegt für kein OECD-Mitgliedsland eine Wertbestandsaufnahme der immateriellen Vermögensgüter (Patente, Nutzungsrechte, aktivierter Firmenwert, sonstige immaterielle nichtproduzierte Vermögensgüter) vor.

In einem sehr uneinheitlichen und fragmentarischen Entwicklungsstand verharren jene Teilbereiche der Vermögensrechnung, die unter dem Begriff "Naturvermögensrechnung" (Grund und Boden, Wald, Bodenschätze, Wasser) zusammengefasst werden. Die Naturvermögensrechnung ist Teil der "Ökologischen VGR", welche die Interaktionen zwischen Umwelt und Ökonomie möglichst umfassend abbilden soll (Kletzan et al., 2002). Sie basiert auf dem Konzept des SEEA (Integrated System of Environmental and Economic Accounting), das im Zuge der Revision des SNA (System of National Accounts) im Jahr 1993 von der UNO erarbeitet wurde. Das ESVA 95 folgt dabei im Wesentlichen dem Konzept der UNO (siehe dazu Gerhold, 1995). Internationale Vergleiche zeigen, dass nur sehr wenige Länder Konten der Naturvermögensrechnung führen (und wenn, dann nur in physischen Einheiten). Eine monetäre Bewertung von Naturvermögen liegt für Australien, Schweden und die USA vor; theoretische Überlegungen wurden vor allem von der OECD angestellt. In keinem dieser Fälle ist jedoch eine nur annähernd umfassende Wertrechnung auf der Grundlage des Kontensystems des SEEA verfügbar.

Am SEEA orientieren sich auch die bisher vorliegenden Konzepte für eine Umweltgesamtrechnung in der EU (Eurostat war in die Erarbeitung der revidierten Version von SEEA – SEEA 2000 – aktiv eingebunden). Im Zusammenhang mit der Naturvermögensrechnung beschränken sich die Aktivitäten in der EU auf die Durchführung von Pilotprojekten und die Bildung von Task Forces. Am weitesten gediehen sind die Vorarbeiten in der Forstwirtschaftlichen Gesamtrechnung. In diesem Bereich hat die EU zwei Rahmenkonzepte vorgegeben – "The European Framework for Integrated Environmental and Economic Accounting" bzw. "Valuation of European Forests" –, die sowohl die Grundlagen für eine umfangreiche physische und monetäre Vermögensrechnung als auch die Bewertungsverfahren für den Waldholzbestand und den Waldboden regeln. Die darin veröffentlichten Fallstudien unterstreichen insbesondere die großen Unterschiede zwischen den Ergebnissen, die mit den von der EU empfohlenen Bewertungsverfahren gewonnen werden.

Eine weitere Aktivität der EU im Bereich der Naturvermögensrechnung betrifft die Erfassung von Bodenschätzen; hier beziehen sich die Arbeiten schwerpunktmäßig auf Erdöl und Erdgas. Die Methoden zur physischen Erfassung und monetären Bewertung dieser Reserven wurden in Pilotstudien getestet. Aus den Erfahrungen dieser Studien soll ein Handbuch für den Aufbau eines Kontensystems eingerichtet werden (siehe dazu u. a. Fuchs, 2000).

Im Bereich "Grund und Boden" zielen die Vorarbeiten in der EU auf die Errichtung von Informationssystemen zur Bodennutzung und Bodenbedeckung.

Für die Erarbeitung eines Konzepts zur physischen Erfassung und monetären Bewertung der Wasserreserven wurde von Eurostat ebenfalls eine Task Force eingerichtet.

Bestandskonten spielten in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung bis vor kurzem eine eher untergeordnete Rolle: Im Zentrum der VGR standen die Transaktionskonten bzw. die Berechnung von Stromgrößen. Seit der Umstellung auf das ESVG 95 liegt neben den Transaktionskonten auch ein vollständiges System von Bestandskonten vor. Im Kapitel 7 des ESVG 95 werden die Konzeption der Vermögensbilanzen und Definitionen der Vermögensgüter festgelegt. Eine Vermögensbilanz ist nach ESVG 95 eine Aufstellung der eigenen Vermögenswerte (Aktiva) und der ausstehenden Verbindlichkeiten (Passiva) zu einem bestimmten Zeitpunkt. Die Vermögensbilanzen ermöglichen die Berechnung des Nettovermögensbestands (Reinvermögens) einer Volkswirtschaft. Das Reinvermögen entspricht dem Saldo zwischen Aktiva und Passiva bzw. der Summe aus dem Wert der (nichtfinanziellen) Vermögensgüter und dem Saldo von finanziellen Aktiva (Forderungen) und finanziellen Passiva (Verbindlichkeiten), dem "Nettogeldvermögen". Der (nichtfinanzielle) Vermögensbestand ist damit gleich dem zu Wiederbeschaffungspreisen errechneten Zeitwert eines Anlagegutes, d. h. dem Marktwert des Nettobestands an Anlagegütern (Bruttoanlagebestand minus Abschreibungen).

Die Vermögensbilanz eines Sektors erfasst demnach den Wert aller produzierten, nichtproduzierten und finanziellen Aktiva und seine Verbindlichkeiten sowie sein Reinvermögen. Sämtliche Aktiva und Passiva sind zu den am Bilanzstichtag geltenden Marktpreisen zu bewerten.

Das ESVG 95 empfiehlt folgende Buchungsregeln zur Bewertung des Vermögensbestands:

- Marktwert des Bestands am Periodenanfang
- + Transaktionen während des Rechnungszeitraums (Wert der Zugänge minus Wert der Abgänge)
- Abschreibungen (wirtschaftliche Abnutzung)
- + sonstige Vermögensänderungen (z. B. Katastrophenschäden, Entdeckung von Bodenschätzen)
- + Umbewertungen (Umbewertungsgewinne bzw. -verluste aufgrund von Preisänderungen im Rechnungszeitraum)
- = Wert des Vermögensbestands am Periodenende.

Der Vermögensbilanz kommt im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auch deshalb besondere Bedeutung zu, weil sie die Endergebnisse des Produktionskontos, des Einkommensverteilungskontos, des Einkommensverwendungskontos und des Vermögensänderungskontos zusammenführt und damit das gesamtwirtschaftliche Kontensystem abschließt.

Die Vermögensbilanzen gemäß ESVG 95 erfassen nur wirtschaftliche Vermögenswerte, also Bestandsgrößen, die in einer bestimmten Periode den Eigentümern wirtschaftliche Vorteile ermöglichen. In den Vermögensbilanzen werden folgende Vermögensarten nicht berücksichtigt:

- Humankapital,
- Naturvermögen, das nicht zu den wirtschaftlichen Vermögenswerten zählt (z. B. Luft, offene Meere),
- Eventualforderungen (z. B. Bürgschaften, Kreditlinien).

Das ESVG 95 unterscheidet drei Gruppen von Vermögensarten (Aktiva):

- produzierte nichtfinanzielle Aktiva (produzierte Vermögensgüter AN.1),
- nichtproduzierte nichtfinanzielle Aktiva (nichtproduzierte Vermögensgüter AN.2),
- finanzielle Aktiva (Forderungen AF).

Die produzierten Vermögensgüter (AN.1) werden nach ihrer Rolle im Produktionsprozess gegliedert. Als Anlagegüter (AN.11) werden jene Vermögensgüter bezeichnet, die im Produktionsprozess mehr als ein Jahr lang wiederholt oder dauernd eingesetzt werden. Vorräte (AN.12) umfassen Güter, die als Vorleistungen im Produktionsprozess

Vermögensbilanzen nach dem ESVG 95 – Konzept und Definitionen

Vermögensarten

verbraucht, verkauft oder anderwärtig verwendet werden. Wertsachen (AN.13) sind Vermögensgüter, die primär als Wertaufbewahrungsmittel verwendet werden.

Das nichtproduzierte Vermögen (AN.2) besteht nach ESVG 95 aus Naturvermögen (AN.21), das den Kriterien für wirtschaftliche Vermögensgüter entspricht.

Die finanziellen Forderungen und Verbindlichkeiten (AF) bilden den Kontenrahmen der Geldvermögensrechnung, deren Systematik und Definitionen im ESVG 95 im Detail festgelegt sind.

Übersicht 1: Klassifikationen und Konten der Vermögensrechnung laut ESVG 95

Vermögensgüter			
AN.1	Produzierte Vermögensgüter	AN.2	Nichtproduzierte Vermögensgüter
AN.11	Anlagegüter	AN.21	Nichtproduziertes Sachvermögen
AN.111	Sachanlagen	AN.211	Grund und Boden
AN.1111	Wohnbauten	AN.2111	Bauland
AN.1112	Nichtwohnbauten	AN.2112	Land- und forstwirtschaftliche Nutzfläche
AN.11121	Nichtwohngebäude	AN.2113	Erholungsflächen
AN.11122	Sonstige Bauten	AN.2119	Sonstige Flächen
AN.1113	Ausrüstungen	AN.212	Bodenschätze
AN.11131	Fahrzeuge	AN.2121	Kohle-, Erdöl- und Erdgaslager
AN.11132	Sonstige Ausrüstungen	AN.2122	Erzlager
AN.1114	Nutztiere und Nutzpflanzungen	AN.2123	Sonstige Bodenschätze
AN.11141	Nutztiere	AN.213	Freie Tier- und Pflanzenbestände
AN.11142	Nutzpflanzungen	AN.214	Wasserreserven
AN.112	Immaterielle Anlagegüter	AN.22	Immaterielle nichtproduzierte Vermögensgüter
AN.1121	Suchbohrungen	AN.221	Patente
AN.1122	Computerprogramme	AN.222	Nutzungsrechte
AN.1123	Urheberrechte	AN.223	Aktivierter Firmenwert
AN.1129	Sonstige immaterielle Anlagegüter	AN.229	Sonstige immaterielle nichtproduzierte Vermögensgüter
AN.12	Vorräte		
AN.121	Vorleistungsgüter		
AN.122	Unfertige Erzeugnisse		
AN.1221	Lebende Tier- und Pflanzenvorräte		
AN.1222	Sonstige Halbfertigerzeugnisse		
AN.123	Fertigerzeugnisse		
AN.124	Handelsware		
AN.13	Wertsachen		
AN.131	Edelmetalle und Edelsteine		
AN.132	Antiquitäten und Kunstgegenstände		
AN.139	Sonstige Wertsachen		
Forderungen und Verbindlichkeiten			
AF.1	Währungsgold und Sondererziehungsrechte	AF.5	Anteilsrechte
AF.11	Währungsgold	AF.51	Anteilsrechte (ohne Investmentzertifikate)
AF.12	Sondererziehungsrechte	AF.511	Börsennotierte Aktien
AF.2	Bargeld und Einlagen	AF.512	Nichtbörsennotierte Aktien
AF.21	Bargeld	AF.513	Sonstige Anteilsrechte
AF.22	Sichteinlagen	AF.52	Investmentzertifikate
AF.29	Sonstige Einlagen	AF.6	Versicherungstechnische Rückstellungen
AF.3	Wertpapiere (ohne Anteilsrechte) und Finanzderivate	AF.61	Ansprüche privater Haushalte bei Lebensversicherungen und Pensionseinrichtungen
AF.33	Wertpapiere	AF.611	Ansprüche privater Haushalte bei Lebensversicherungen
AF.331	Geldmarktpapiere	AF.612	Ansprüche privater Haushalte bei Pensionseinrichtungen
AF.34	Finanzderivate	AF.62	Prämienübertragungen und Rückstellungen für eingetretene Schadensfälle
AF.4	Kredite	AF.7	Sonstige Forderungen bzw. Verbindlichkeiten
AF.41	Kurzfristige Kredite	AF.71	Handelskredite und Anzahlungen
AF.42	Langfristige Kredite	AF.79	Übrige Forderungen und Verbindlichkeiten

Q: Eurostat, Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen – ESVG 95, Luxemburg, 1996.

Sektorgliederung

Die österreichische Geldvermögensrechnung übernimmt diese Systematik, weicht aber in der Sektorgliederung von den Richtlinien des ESVG 95 ab. Der Begriff "Kapitalgesellschaft" wird in der Geldvermögensrechnung laut OeNB nicht ausschließlich gesellschaftsrechtlich verstanden, sondern umfasst im Zusammenhang mit den "nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften" aufgrund von Datenproblemen neben den Kapitalgesellschaften im engeren Sinn (Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung) und den Quasi-Kapitalgesellschaften (z. B. Offene Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften) auch selbständig Erwerbstätige und freie Berufe – laut ESVG 95 sind selbständig Erwerbstätige und freie Berufe dagegen den

"privaten Haushalten" zuzuordnen. Eine getrennte Erfassung und damit eine ESVG-95-konforme Zurechnung dieser Teilsektoren zu den privaten Haushalten ist im Rahmen der OeNB-Geldvermögensrechnung ab dem Jahr 2005 vorgesehen. Ebenfalls aus Datengründen mussten die "privaten Organisationen ohne Erwerbszweck" – entgegen dem Zuordnungsschlüssel des ESVG 95 – dem Sektor "private Haushalte" zugerechnet werden.

Der Sektor "finanzielle Kapitalgesellschaften" umfasst entsprechend der Abgrenzung im ESVG 95 die Teilsektoren Zentralbank, Kreditinstitute, sonstige Finanzinstitute (z. B. Investmentfonds), Kredit- und Versicherungshilfstätigkeiten sowie Versicherungsgesellschaften und Pensionskassen.

Die Abgrenzung des Sektors Staat und seiner Teilsektoren (Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherung) erfolgt ebenfalls im Wesentlichen gemäß ESVG 95.

Die Informationsquellen zur Erfassung des gesamtwirtschaftlichen Vermögens in Österreich wurden erstmals von *Lehner – Mooslechner* (1991) umfassend dargelegt. Damals zählten neben den Vermögensteuerstatistiken die Statistiken über Einheitswerte (land- und forstwirtschaftliches Vermögen, Grundvermögen, Betriebsvermögen) zu den zentralen potentiellen Datenquellen für die Erstellung einer gesamtwirtschaftlichen Vermögensrechnung. Ergänzende Informationen konnten u. a. aus der Häuser- und Wohnungszählung, der Betriebsstättenzählung, der Grunderwerbsstatistik und der Statistik der Aktiengesellschaften gewonnen werden. Obgleich diese Statistiken zumeist mit großer Verzögerung bzw. in größeren Abständen erstellt und veröffentlicht wurden, bildeten sie bis Anfang der neunziger Jahre das tragende Datengerüst der statistisch möglichen Erfassung des "realen" Vermögens in Österreich. Durch den Wegfall der Einheitswertstatistiken und der Vermögensteuerstatistiken in der ersten Hälfte der neunziger Jahre hat sich die Datengrundlage für eine gesamtwirtschaftliche Vermögensrechnung, insbesondere im Zusammenhang mit den nichtproduzierten Vermögensgütern, nachhaltig verschlechtert.

Gemäß dem Klassifikationsschema des ESVG 95 sind in der gesamtwirtschaftlichen Vermögensbilanz zwei Positionen nachrichtlich auszuweisen: dauerhafte Konsumgüter der privaten Haushalte und ausländische Direktinvestitionen. Letztere sind in den Vermögensbilanzen bereits im Rahmen der Geldvermögensrechnung verbucht, werden jedoch aus analytischen Gründen in aggregierter Form gesondert ausgewiesen. Dauerhafte Konsumgüter sind Güter, die von privaten Haushalten in einem Zeitraum von mehr als einem Jahr wiederholt für Zwecke des Konsums verwendet werden. Sie gelten demnach gemäß ESVG 95 nicht als Investitions- bzw. Vermögensgüter. In der vorliegenden Analyse werden sie jedoch als Teil des Bestands an langlebigen Gebrauchsgütern dem Vermögen der privaten Haushalte zugeordnet. Die Güterkategorie "langlebige Gebrauchsgüter" umfasst Fahrzeuge, Einrichtung, Heimelektronik, Freizeitgeräte und Schmuck. Die Bestandsrechnung für dauerhafte Konsumgüter und langlebige Gebrauchsgüter stützt sich auf die jährliche Konsumerhebung, geordnet nach den Aggregatsdefinitionen der WIFO-Datenbank.

Ein besonderes Problem für die Erfassung und Bewertung des "realen" Vermögens bilden neben den nichtproduzierten Vermögensgütern (Grund und Boden, Bodenschätze, Wasserreserven usw.) vor allem Wertsachen in Form von Edelmetallen, Schmuckgegenständen, Kunstgegenständen usw. Statistische Anhaltspunkte für eine Schätzung gibt es lediglich für die sonstigen Wertsachen (AN.139; im Wesentlichen aus Edelmetall gefertigter Schmuck) aus der jährlichen Konsumstatistik.

Für die Schätzung des produzierten Vermögensbestands konnte auf die Investorenrechnung von Statistik Austria zurückgegriffen werden, die in der Gliederung Wohnbauten, Nichtwohnbauten, Maschinen und Geräte, Fahrzeuge, Nutzpflanzungen und immaterielle Anlagen sowie sonstige Ausrüstungen vorliegt. Die Anlageinvestitionen nach Wirtschaftsbereichen folgen ebenfalls dieser Gliederung.

Nach ESVG 95 sind die Bestandsgrößen in der Vermögensbilanz so zu bewerten, als ob sie am Bilanzstichtag erworben worden wären, einschließlich aller mit der Eigentumsübertragung verbundenen Nebenkosten. Die Aktiva und Passiva sind demnach

Statistische Grundlagen für die gesamtwirtschaftliche Vermögensrechnung in Österreich

zu laufenden Preisen, d. h. zu den am Bilanzstichtag geltenden Marktpreisen zu bewerten. Obgleich Marktpreise für viele Forderungen, Immobilien, Fahrzeuge, Viehbestände, neu produzierte Anlagegüter und Vorräte verfügbar sind, muss für die Konstruktion von geeigneten Preisindikatoren besondere Sorgfalt aufgewendet werden.

Schätzverfahren in der Vermögensrechnung

Zur Schätzung bzw. Berechnung von Vermögen bieten sich folgende Grundlagen an (*Hahn – Schmoranz, 1984*):

- Primär- und Sekundärstatistiken mit direkten oder indirekten Vermögensbezügen (z. B. Steuerstatistiken, Wohnungs- und Gebäudestatistiken, Inventuren, Versicherungspolizzen usw.),
- Bilanzen bzw. Jahresabschlüsse,
- Expertenschätzungen oder direkte Befragungen sowie
- Kumulationsverfahren (z. B. perpetual inventory method).

Die ersten drei Methoden werden unter dem Begriff "Statusverfahren" zusammengefasst. Sie eignen sich vor allem für die Berechnung des Bestands von nichtproduzierten Vermögensgütern und werden daher in der vorliegenden Analyse nur für die Schätzung von Grund und Boden, Bodenschätzen, Pflanzenbeständen usw. herangezogen.

Aus Mangel an geeigneten statistischen Grundlagen und Schätzverfahren wurde auf eine Näherungsrechnung des Marktwertes von immateriellen nichtproduzierten Vermögensgütern (Patente, Nutzungsrechte, aktivierter Firmenwert) sowie von Antiquitäten und Kunstgegenständen verzichtet.

Kumulationsverfahren

Das gebräuchlichste Verfahren in der gesamtwirtschaftlichen Vermögensrechnung ist das Kumulationsverfahren. Es eignet sich grundsätzlich für die Bestandsschätzung des Wertes von produziertem und nichtproduziertem Vermögen, setzt jedoch die Kenntnis eines Ausgangsbestands, die Verfügbarkeit von "Investitionsdaten" und von geeigneten Preisindikatoren sowie Informationen über die "Überlebensfunktion" der jeweiligen Investitionsgüterkategorie bzw. deren typisches Abschreibungsmuster voraus (siehe dazu u. a. *Hahn – Schmoranz, 1984*). Diese schätztechnischen Vorbedingungen sind in der Regel nur in einzelnen Bereichen des Anlagevermögens (z. B. Maschinen, Fahrzeuge und Bauten) hinreichend gegeben, sie fehlen jedoch größtenteils für immaterielle Anlagegüter oder Wertsachen und zum Teil auch für langlebige Gebrauchsgüter oder dauerhafte Konsumgüter (z. B. Einrichtungsgegenstände, Heimelektronik, Freizeitgeräte, Fahrzeuge und Schmuck).

In Österreich wurden seit den achtziger Jahren mehrere Kapitalstockberechnungen vorgelegt. Die umfassendste Berechnung auf der Grundlage des Systems ESVG 79 führten *Hahn – Schmoranz (1984)* durch. Diese Schätzung umfasst Ausrüstungen (Maschinen, Fahrzeuge) und Bauten (Wohnbauten, Nichtbauten) und erstreckt sich auf alle 19 Wirtschaftsbereiche. Die Ausgangsdaten für das Basisjahr 1964 (Ausgangskapitalstöcke, durchschnittliche Nutzungsdauer differenziert nach Ausrüstungen und Bauten) stützen sich primär auf Angaben von *Kausel (1971)*, die von den Autoren allerdings teilweise aufgrund von Expertenschätzungen und einschlägigen OECD-Untersuchungen revidiert wurden.

Böhm et al. (2002) nahmen die bisher umfassendste Berechnung von Kapitalstöcken auf der Grundlage des ESVG 95 vor. Ihre Schätzung beruht ebenfalls auf Richtwerten aus *Kausel (1971)* bzw. *Hahn – Schmoranz (1984)*, weicht aber aufgrund der qualitativ und quantitativ verbesserten und verbreiterten Datenlage erheblich von den bisherigen Ergebnissen ab. Sie erfassen gemäß den Gliederungsempfehlungen des ESVG 95 neben den Ausrüstungen (Maschinen, Fahrzeuge) und Bauten (Wohnbauten, Nichtwohnbauten) auch Nutzpflanzen und immaterielle Anlagegüter (Suchbohrungen, Computerprogramme, Urheberrechte, sonstige immaterielle Anlagegüter). Die Kapitalstöcke dieser Berechnung bilden für Statistik Austria die Grundlage zur Bestimmung der volkswirtschaftlichen Abschreibungen im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

Das von *Böhm et al.* (2002) verwendete Kumulationsverfahren basiert auf einem Perpetual-Inventory-Modell (PIM) mit unterschiedlichen geometrischen Abschreibungsannahmen je nach Investitionsgut und Sektor. Es wird demnach angenommen, dass der Wert des Bestands an Anlagegütern mit einer konstanten Rate über die Zeit abnimmt. Die Abschreibungsrate muss im PIM-Verfahren exogen vorgegeben werden und ist neben dem Ausgangsbestand und den laufenden Investitionen der wichtigste Parameter in der Kapitalstockschätzung. Sie variiert wie erwähnt in Abhängigkeit von der Güterklasse und teilweise auch vom Wirtschaftszweig. Statistik Austria orientiert sich bei der Kalibrierung der Abschreibungsraten vorwiegend an international üblichen Richtwerten (*Schwarz, 2002*). Der angenommene konstante Wertverlust des Anlagegüterbestands reicht von 2% p. a. für Wohnbauten bis zu 30% p. a. für Software.

Das WIFO-Kapitalstockmodell

Die Schätzung des Nettobestands an produzierten Vermögensgütern in der vorliegenden Analyse wurde mit dem WIFO-Kapitalstockmodell durchgeführt (siehe dazu u. a. *Hahn – Schmoranz, 1984*, bzw. *Czerny et al., 1997*). Der Schätzalgorithmus des WIFO ist dem PIM-Verfahren sehr ähnlich, er unterstellt allerdings im Gegensatz zu *Böhm et al.* (2002) bzw. *Schwarz (2002)* keine konstanten, sondern je nach Investitionsgüterjahrgang und Sektor über die Zeit nichtlinear steigende Abschreibungsraten. Die Kapitalstockschätzungen von WIFO und Statistik Austria differieren ceteris paribus primär aufgrund der unterschiedlichen Annahmen zum typischen Abschreibungsmuster. Die Abweichungen – gemessen am Nettovermögensbestand zu Wiederbeschaffungspreisen – betragen allerdings durchwegs weniger als 1%.

Das WIFO-Modell ist eine Weiterentwicklung eines Kumulationsverfahrens, das auf einem Kapitalstock-Modell von *Almon et al.* (1974) aufbaut. Es unterscheidet sich von dem von Statistik Austria kalibrierten PIM-Modell vor allem dadurch, dass es das Abschreibungsmuster durch die Festlegung der durchschnittlichen Nutzungsdauer eines Investitionsgutes unter der Annahme einer logistischen Überlebensfunktion determiniert. Im PIM-Modell von Statistik Austria wird direkt die Abschreibungsrate eines Investitionsgutes vorgegeben und durch die Annahme eines geometrischen Abschreibungsmusters implizit die durchschnittliche Nutzungsdauer festgelegt. Für das WIFO-Verfahren sprechen Transparenz und höhere schätztechnische Flexibilität. So kann z. B. mit dem WIFO-Modell einfacher und übersichtlicher als mit dem traditionellen PIM-Verfahren mit einer variablen durchschnittlichen Nutzungsdauer für bestimmte Anlagegüter experimentiert werden, die einem raschen technischen Fortschritt unterliegen.

Das WIFO-Kapitalstockmodell hat darüber hinaus den Vorzug, auf den in der Praxis wichtigen Zusammenhang zwischen Buchwert und stillen Reserven Bezug zu nehmen (siehe dazu *Hahn – Schmoranz, 1984*). Es kann u. a. durch die Hypothese motiviert werden, dass sich das Bruttoanlagevermögen aus zwei Komponenten zusammensetzt: Die erste Komponente ist dem "Buchwert" gleichzusetzen und umfasst jenen Nettokapitalbestand, der üblicherweise im Jahresabschluss bzw. der Bilanz aufscheint. Die Abschreibungen vom Buchwert vermindern jedoch nicht die Produktionskapazität, sondern füllen die zweite Komponente auf, die gleichsam die stillen Reserven im Anlagevermögen repräsentiert. Erst die Abgänge aus den stillen Reserven verringern das Bruttoanlagevermögen. Die formale Struktur des WIFO-Kapitalstockmodells wird u. a. in *Hahn – Magerl (2006)* dargelegt.

Statusverfahren werden überwiegend zur Schätzung von Vermögenswerten verwendet, für die sich entweder keine typischen Abschreibungsmuster bestimmen lassen oder aus Mangel an Daten ein Kumulationsverfahren nicht angewandt werden kann. In der vorliegenden Analyse werden Statusverfahren für die mengenmäßige Erfassung des Vermögensbestands vor allem an nichtproduzierten Vermögensgütern verwendet, und hier insbesondere von Grund und Boden (Bauland, land- und forstwirtschaftliche Nutzfläche), Bodenschätzen (insbesondere Kohle-, Erdöl-, Erdgaslager und sonstige Bodenschätze wie z. B. Baumineralien) und Wasserreserven. Diese Vermögensgüter werden häufig auch als Naturvermögen bezeichnet, das – bewertet zu Marktpreisen – über "Satellitenkonten" in das Rechenwerk der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung integriert werden soll.

Statusverfahren

In Österreich wurden bisher lediglich Vorarbeiten zur Konzeption einer Naturvermögensrechnung geleistet und nur sehr vereinzelt monetäre Eckdaten für Naturvermögensbestände ermittelt.

Die systematische monetäre Bewertung von Naturvermögen beschränkt sich auf Waldflächen und auf den Waldholzbestand. Das Institut für Sozioökonomik der Forst- und Holzwirtschaft an der Universität für Bodenkultur erstellt für Eurostat aufgrund der Österreichischen Waldinventur bzw. der Holzeinschlagsmeldungen des Landwirtschaftsministeriums eine physische und monetäre Bilanz des Waldvermögens entsprechend dem Eurostat-Konzept der integrierten ökonomischen und umweltbezogenen Gesamtrechnung im Bereich des Forstwesens (Sekot, 1999).

Die monetäre Bewertung erfolgt mit Indikatoren der Agrarpreisstatistik von Statistik Austria und mit Kosteninformationen aus internen Daten der Österreichischen Bundesforste AG bzw. aus einem Datenpool forstlicher Testbetriebsergebnisse. Das ESVG 95 normiert die Bewertung des "Holzes am Stamm" durch den Gegenwartswert der erwarteten künftigen Erträge, wobei der Abzinsungsfaktor anhand von Informationen über Transaktionen mit stehendem Holz errechnet werden soll. In der Praxis wird jedoch ein vereinfachtes Bewertungskonzept angewandt: Unter der Annahme, dass die physische Wachstumsrate des stehenden Holzes mit dem Diskontsatz übereinstimmt, ergibt die Multiplikation der gegenwärtigen Vorratsmenge mit dem aktuellen Marktpreis für Holz auf dem Stock eine plausible Näherung für den Waldvermögenswert (Sekot, 1999).

Die Berechnungen der Universität für Bodenkultur werden sowohl für die forstliche Nutzfläche als auch für den heranwachsenden Baumbestand in Geldeinheiten in das Rechenwerk der vorliegenden Analyse übernommen¹⁾.

Die bedeutendste Vermögenskategorie im Bereich der nichtproduzierten Vermögensgüter sind Grund und Boden, und hier insbesondere Bauland (Nutzung für Wohnzwecke, gewerbliche Nutzung) sowie landwirtschaftliche Nutzfläche. Die physische Erfassung der Flächennutzung in Österreich im Rahmen der Häuser- und Wohnungszählung ist inhaltlich und regional differenziert; sie erfolgt nur alle zehn Jahre, sodass für die vorliegende Berechnung auf die Auswertung 1991 zurückgegriffen werden musste²⁾. Die 1991 erfasste Baufläche wurde deshalb mit einer Schätzung des durchschnittlichen jährlichen Nettozuwachses an Bauland, die sich auf Doubek – Winkler (1995) stützt, für die Untersuchungsperiode hochgerechnet. Die Aufteilung der Baufläche in Wohnbaufläche und gewerbliche Baufläche erfolgte ebenfalls mit Indikatoren aus Doubek – Winkler (1995). Im Internet recherchierte Preisindikatoren für Bauland nach unterschiedlichen Lagen und Regionen wurden nach einem kalibrierten Schlüssel zu einem repräsentativen Bewertungsmaß zusammengefasst. Die regionale Verteilung der Baufläche und die regionalen Preisindikatoren für Bauland nach Nutzung und Lage für das Jahr 2000 erlaubten eine erste grobe Näherungsrechnung für diese wichtigen Vermögensbestände in monetären Einheiten unter Berücksichtigung der zum Teil großen regionalen Bewertungsunterschiede.

Die Schätzung des Marktwertes von landwirtschaftlichen Nutzflächen beschränkt sich auf ein Eckjahr (1999) und beruht auf einer Hochrechnung des Pachtwertes 1999 unter der Annahme einer jährlichen Rendite der landwirtschaftlich genutzten Flächen (Ackerland, Waldboden, Wiesen usw.) von 3%. Dieser Prozentsatz entspricht internationalen Erfahrungswerten und wurde von Experten als plausible Renditeannahme empfohlen. Die Bewertung der Vermögenskategorie "Nutzpflanzungen" (Obstplantagen, Weingärten) stützte sich auf eine ähnliche Näherungsrechnung.

Bodenschätze bzw. erschlossene ober- und unterirdische Mineralvorkommen sind nach dem ESVG 95 nur in der Vermögensbilanz zu berücksichtigen, wenn sie aufgrund des Standes der Technik und der relativen Preise wirtschaftlich abbaubar sind. Für Österreich sind unter diesen Gesichtspunkten aus der Sicht der Vermögensrechnung Erdöl, Naturgas und Baumineralien (Gips, Talk, Dolomit, Quarzsand, Kalkstein

¹⁾ Die Bewertungsansätze können dem Übersichtsaufsatz von Sekot (1999) entnommen werden, ebenso ein Überblick über die Datenlage in Österreich zur statistischen Erfassung des Waldvermögens in physischen Einheiten.

²⁾ Die Auswertung 2001 war zum Zeitpunkt der Berechnung (Sommer 2003) noch nicht verfügbar.

und Marmor sowie Salz) von Bedeutung. Die Mengenschätzungen der Erdöl- und Naturgasreserven beruhen auf Angaben der OMV, die Bewertung erfolgte auf der Grundlage von durchschnittlichen Spotmarktpreisen der Jahre 1995 bis 2000. Als Nettovermögensbestand von Bodenschätzen wurden gemäß einer international üblichen Konvention (siehe weiter unten: "Bewertungskonzepte") 30% der zu Marktpreisen bewerteten Reserven in die Vermögensrechnung übertragen.

Die Reserven an Baumineralien wurden – ebenfalls einer Konvention folgend – der zehnfachen durchschnittlichen Jahresproduktion der Jahre 1995 bis 2000 gleichgesetzt. Bewertet wurden sie mit dem Durchschnitt der Produktionspreise der berücksichtigten Mineralien aus den Jahren 1999 bis 2001. Davon wurden 30% als Aktivum in der Vermögensrechnung berücksichtigt.

Die Schätzung der österreichischen Wasserreserven beruht auf Angaben des Hydrographischen Zentralbüros des Landwirtschaftsministeriums. Die Bewertung wurde mit 1,2 € je Kubikmeter festgelegt, davon wurden wiederum 30% als Nettovermögen verbucht.

Das ESVG 95 regelt die Bewertungsverfahren für einzelne Vermögensgüter sehr detailliert (Kapitel 7, Bewertung der Aktiva und Passiva, Abschnitt 7.25 bis 7.32). Im Zentrum steht die Bewertung des Nettovermögens zu Marktpreisen. Für jene Vermögensgüter, für die keine oder nichtrepräsentative Marktpreise verfügbar sind, wird eine Schätzung des Gegenwartwertes der erwarteten Nettoerträge als Bewertungsmaßstab empfohlen.

Die vorliegende Analyse verwendet für die Berechnungen mit dem WIFO-Kapitalstockmodell Preisindizes von Statistik Austria, die eine differenzierte Bewertung nach dem Tageswertprinzip für die Anlagegüter Maschinen, Fahrzeuge, Wohnbauten, Nichtwohngebäude, sonstige Bauten (z. B. Straßen, Tunnel usw.) und immaterielle Anlagegüter nach Wirtschaftsbereichen ermöglichen. Das Nettovermögen an langlebigen Gebrauchsgütern und dauerhaften Konsumgütern zu Marktpreisen, das in den Produktgruppen Einrichtung, Heimelektronik, Freizeitgeräte, Fahrzeuge sowie Schmuck zusammengefasst ist, wurde mit dem WIFO-Kapitalstockmodell aufgrund von Preisindikatoren aus dem Verbraucherpreisindex von Statistik Austria geschätzt.

Für die Bewertung der nichtproduzierten Vermögensgüter (vor allem Grund und Boden) wurden wie erwähnt ebenfalls überwiegend Preisindikatoren recherchiert oder konstruiert, die einen praktikablen Näherungswert des Marktwertes ergeben. Vereinfachte Verfahren zur Schätzung des Gegenwartwertes der künftigen Nettoerträge, wie ihn das ESVG 95 als alternatives Bewertungskonzept empfiehlt, wurden zur Bewertung von land- und forstwirtschaftlichen Nutzflächen und des Holzes am Stock (Waldbaumbestand) verwendet (siehe u. a. *Sekot – Stefsky, 2002*).

Für die Bewertung der Bodenschätze und Wasserreserven wurde davon ausgegangen, dass 30% der künftigen Erträge durch Abbau bzw. Nutzung als Kapitaleinkommen anfallen werden. Diese Annahme beruht auf Ergebnissen ökonomischer Schätzungen des durchschnittlichen Anteils des gesamtwirtschaftlichen Kapitaleinkommens am Bruttoinlandsprodukt mit einer Cobb-Douglas-Produktionsfunktion.

Das Basisjahr der Schätzungen mit dem WIFO-Kapitalstockmodell wurde nach Maßgabe der Zuverlässigkeit und Qualität der Ausgangsdaten bestimmt. Für produzierte Anlagegüter ist es 1976 und für dauerhafte Konsumgüter 1966. Die Ausgangsbestände für Anlagegüter wurden jeweils für 12 Wirtschaftsbereiche differenziert nach den Anlagegütern Maschinen und Geräte, Fahrzeuge, Wohnbauten, Nichtwohngebäude, sonstige Bauten (Straßen, Schienenstrecken, Brücken, Tunnel usw.) und immaterielle Anlagegüter aufgrund von *Hahn – Schmoranz (1984)* bzw. durch Expertenschätzungen ermittelt. Die Ausgangsbestände für die dauerhaften Konsumgüter Einrichtung, Heimelektronik, Freizeitgeräte, Fahrzeuge und Schmuck entsprechen im Wesentlichen den Schätzungen von *Wüger (1981)* für das gewählte Basisjahr.

Die angenommene durchschnittliche Nutzungsdauer für Maschinen und Geräte wurde differenziert nach Wirtschaftsbereichen kalibriert, damit die sehr inhomogene Struktur dieses Vermögensaggregates die Berechnungen so wenig wie möglich verzerrt. Für einzelne Sektoren (Energieversorgung, Handel) wurde zusätzlich die durch-

Bewertungskonzepte

Nutzungsdauer

schnittliche Nutzungsdauer über den gesamten Schätzbereich kontinuierlich reduziert, um dem technischen Fortschritt Rechnung zu tragen. Der Rückgang der durchschnittlichen Nutzungsdauer folgt dabei einer semilogistischen Funktion.

Die durchschnittliche Nutzungsdauer für Maschinen und Geräte liegt zwischen 6 und 12 Jahren, jene für Fahrzeuge über alle Wirtschaftsbereiche konstant bei 6 Jahren. Die durchschnittliche Nutzungsdauer von Wohnbauten beträgt in der vorliegenden Berechnung 40 Jahre, für sonstige Bauten 120 Jahre (Straßen, Tunnel usw.), für immaterielle Anlagen und sonstige Ausrüstungen konstant 4 Jahre. Nichtwohngebäude (größtenteils Wirtschaftsgebäude) werden mit einer konstanten durchschnittlichen Nutzungsdauer von 40 Jahren, jene des Wirtschaftsbereichs Wohnungswesen jedoch mit einer von 16 auf 10 Jahre sinkenden durchschnittlichen Nutzungsdauer verrechnet, weil der Anteil der Nichtwohngebäude, die von Errichtungsgesellschaften zu Leasingzwecken gebaut werden, in diesem Sektor relativ hoch ist. Diese Gebäude werden regelmäßig den Bedürfnissen der vergleichsweise häufig wechselnden Nutzer angepasst; damit sind überdurchschnittlich oft umfassende Adaptierungen der Gebäudesubstanz verbunden.

Die durchschnittliche Nutzungsdauer der dauerhaften Konsumgüter reicht von 6 Jahren (Kraftfahrzeuge, Fahrräder) bis 50 Jahre (Schmuck). Für Pkw und Fahrräder erwies sich eine semilogistisch abnehmende durchschnittliche Nutzungsdauer, für das Aggregat Freizeitgeräte aufgrund der variierenden Zusammensetzung (z. B. zunehmender Anteil der Motorboote) eine semilogistisch steigende durchschnittliche Nutzungsdauer als zielführend.

Schätzergebnisse für einzelne Vermögensarten

Der Nettovermögensbestand an Anlagegütern hat sich zu Marktpreisen von 1976 (182 Mrd. €) bis 2000 auf 739 Mrd. € mehr als vervierfacht. Dies entspricht einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von 6%. Die Relation des Nettokapitalstocks zum BIP – jeweils bewertet zu Marktpreisen – liegt in der Untersuchungsperiode bei durchschnittlich 3,8.

Aufgrund der oben erläuterten Annahmen ergaben die Berechnungen einen Nettovermögensbestand an Anlagegütern zu Marktpreisen im Jahr 1976 von 182 Mrd. €, der sich bis 2000 auf 739 Mrd. € mehr als vervierfachte. Dies entspricht einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von 6%. Die Relation des Nettokapitalstocks zum BIP – jeweils bewertet zu Marktpreisen – liegt in der Untersuchungsperiode bei durchschnittlich 3,8.

Die Struktur des Anlagegüterbestands veränderte sich in diesem Zeitraum kaum. So betrug der Anteil der Maschinen konstant durchschnittlich 13% des gesamten Nettobestands. Auf den Bautenkapitalstock (Wohnbauten, Nichtwohngebäude) entfielen ebenfalls relativ konstant 77% des Nettobestands (Wohnbau 36%, Nichtwohnbau 41%). Der Anteil der Fahrzeuge weist hingegen einen sinkenden Trend auf (1976 5%, 2000 2,4%). Die immateriellen Anlagegüter gewinnen an Bedeutung, fallen jedoch mit deutlich unter 1% (noch) kaum ins Gewicht. Große Schwankungen ergaben sich für den Anteil der sonstigen Bauten (Straßen, Tunnel usw.): Er stieg auf 10% zu Beginn der achtziger Jahre und sank dann bis zum Jahr 2000 stetig auf 7,8%. Der Anteil des Nettobestands an Anlagegütern am gesamten Nettovermögensbestand (Nettovermögen plus Forderungen) betrug im Durchschnitt der Jahre 1995 bis 2000 34%.

Der Nettobestand an langlebigen Gebrauchsgütern und dauerhaften Konsumgütern entwickelte sich ähnlich dynamisch wie der Nettobestand an Anlagegütern – von Mitte der siebziger Jahre bis 2000 hat er sich von 21 Mrd. € auf 92 Mrd. € mehr als vervierfacht. Der Nettobestand an dauerhaften Konsumgütern stieg von 7.800 € pro Haushalt im Jahr 1976 auf 27.500 € im Jahr 2000. Waren 1976 noch mehr als 56% des Nettobestands auf Einrichtungsgegenstände entfallen, so betrug deren Anteil im Jahr 2000 nur noch 50%. Zunehmende Bedeutung kommt erwartungsgemäß den Produktgruppen Heimelektronik (1976 7,4%, 2000 11,5%) und Fahrzeuge zu (1976 26,0%, 2000 27,6%). Der Anteil der dauerhaften Konsumgüter am gesamten Nettovermögen der privaten Haushalte erreichte im Durchschnitt der Jahre 1995 bis 2000 11%.

Statusverfahren wurden wie erwähnt zur Schätzung der Vorräte (Waldholzvorrat), der Nutzpflanzungen (Obstbaumbestand, Weinstöcke) und der nichtproduzierten Vermögensgüter verwendet. Die Schätzergebnisse der Statusverfahren beziehen sich entweder auf ein Eckjahr oder auf den Durchschnitt der Jahre 1995 bis 2000.

Der Marktwert von Grund und Boden wurde für das Jahr 2000 geschätzt, jener des Waldbodens für 1999. Für Grund und Boden wurde ein Näherungswert von 217,1 Mrd. € errechnet; auf Bauland entfallen davon 182,7 Mrd. €, auf land- und forstwirtschaftliche Nutzflächen 34,4 Mrd. €. Der Anteil von Grund und Boden am Gesamtvermögen des Jahres 2000 betrug 9,5% (Bauland 8,0%, land- und forstwirtschaftliche Nutzfläche 1,5%).

Für die Bodenschätze ergaben die Berechnungen einen Wert von insgesamt 1,8 Mrd. €, das entspricht einem Anteil am Gesamtvermögen von 0,1%. Der Marktwert der Kohle-, Erdgas- und Erdölreserven betrug ein Viertel des gesamten Vermögensbestands an wirtschaftlich abbaubaren Bodenschätzen, drei Viertel entfielen auf die geschätzten Lagervorkommen an Baumineralien.

Für die Wasserreserven Österreichs wurde ein Wert von 5,4 Mrd. € berechnet (0,2% des Gesamtvermögens).

Der Wert des Nettobestands an Nutztieren und lebenden Tiervorräten wurde einer internationalen Konvention folgend gleich Null gesetzt. Der Wert des Nettobestands an Nutzpflanzungen (Obst, Wein) lag 1999 unter 1 Mrd. €. Die Vorräte einschließlich Waldvorrat wurden für das Jahr 2000 mit 66,5 Mrd. € errechnet; die Hälfte davon entfiel auf den Waldvorrat (33,1 Mrd. €). Insgesamt macht das Vorratsvermögen knapp 3% des Gesamtvermögens aus.

Für die Aufteilung der einzelnen Vermögensgüter auf die Sektoren nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, finanzielle Kapitalgesellschaften, Staat und private Haushalte mussten aus Datengründen Zuordnungsschlüssel per Konvention festgelegt werden, die nur teilweise den Bestimmungen des ESVG 95 entsprechen. Die wichtigsten Vereinfachungen betreffen die Landwirtschaft und den Staat: Die Landwirtschaft wurde vollständig dem privaten Haushaltssektor zugeordnet, die Vermögensbestände des Wirtschaftsbereichs "sonstige Dienstleistungen", der u. a. das gesamte öffentliche Bildungs- und Gesundheitswesen umfasst, wurden zu zwei Dritteln dem Staat und zu einem Drittel den privaten Haushalten zugeteilt.

Der gesamte Nettovermögensbestand (Nettovermögen plus Forderungen) betrug in Österreich im Jahr 2000³⁾ 2.294 Mrd. €; davon entfielen 21% auf die nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften, 32% auf die finanziellen Kapitalgesellschaften, 10% auf den Staat und 37% auf die privaten Haushalte. Das Reinvermögen bzw. das österreichische Volksvermögen (Nettovermögen plus Forderungen minus Verbindlichkeiten) betrug 1.070,4 Mrd. € oder knapp 47% des gesamten Vermögensbestands. Das Volksvermögen pro Kopf machte damit 133.600 € aus. Den größten Anteil am Volksvermögen mit 71% oder 758,9 Mrd. € besaßen die privaten Haushalte vor den nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften (21% oder 224,5 Mrd. €). Auf den Staat entfielen 76,8 Mrd. € oder ein Anteil von 7%. Die finanziellen Kapitalgesellschaften hielten erwartungsgemäß den niedrigsten Anteil am Volksvermögen mit 1%.

Die Struktur des Nettovermögensbestands der Sektoren unterscheidet sich erwartungsgemäß erheblich: In allen Sektoren mit Ausnahme der finanziellen Kapitalgesellschaften dominierten im Jahr 2000 die produzierten Vermögensgüter mit knapp 50% (private Haushalte) bzw. 66% (nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften) des jeweiligen Gesamtvermögens. Die nichtproduzierten Vermögensgüter, insbesondere Grund und Boden haben die größte Bedeutung für die privaten Haushalte (19% des Sektorvermögens; Staat 10%, nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften etwa 8%), doch selbst in diesem Sektor ist der Anteil des Finanzvermögens mit mehr als 30% deutlich höher.

Statusverfahren wurden zur Schätzung der Vorräte (Waldholzvorrat), der Nutzpflanzungen (Obstbaumbestand, Weinstöcke) und der nichtproduzierten Vermögensgüter verwendet. Die Schätzergebnisse der Statusverfahren beziehen sich entweder auf ein Eckjahr oder auf den Durchschnitt der Jahre 1995 bis 2000.

Schätzergebnisse nach Sektoren

³⁾ Die ermittelten Vermögensbestände wurden für die gesamte Untersuchungsperiode (1995 bis 2000) auf die Sektoren aufgeteilt; die Präsentation der Schätzungen beschränkt sich hier auf das Jahr 2000.

Übersicht 2: Vermögensbilanz für die privaten und öffentlichen Haushalte im Jahr 2000

	Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck		Öffentliche Haushalte	
	Mio. €	Anteile in %	Mio. €	Anteile in %
Vermögensgüter	579.934	67,7	160.787	68,5
Produzierte Vermögensgüter	416.134	48,6	137.319	58,5
Anlagegüter	389.656	45,5	135.664	57,8
Sachanlagen	389.315	45,4	134.945	57,5
Wohnbauten	253.921	29,6	10.392	4,4
Nichtwohnbauten	40.382	4,7	116.727	49,7
Nichtwohngebäude	40.382	4,7	59.190	25,2
Sonstige Bauten	–	–	57.537	24,5
Ausrüstungen	94.104	11,0	7.826	3,3
Fahrzeuge	25.716	3,0	1.315	0,6
Sonstige Ausrüstungen	68.388	8,0	6.511	2,8
Nutztiere und Nutzpflanzungen	908	0,1	–	–
Immaterielle Anlagegüter	341	0,0	719	0,3
Vorräte	26.478	3,1	1.655	0,7
Wertsachen	9.194	1,1	–	–
Nichtproduzierte Vermögensgüter	163.800	19,1	23.468	10,0
Grund und Boden	163.800	19,1	18.068	7,7
Bauland	132.838	15,5	17.205	7,3
Land- und forstwirtschaftliche Nutzfläche	30.962	3,6	863	0,4
Wasserreserven	–	–	5.400	2,3
Finanzvermögen	276.770	32,3	73.861	31,5
Bargeld und Einlagen	152.331	17,8	9.299	4,0
Wertpapiere und Finanzderivate	21.046	2,5	11.690	5,0
Kredite	76	0,0	36.898	15,7
Anteilsrechte	49.726	5,8	15.507	6,6
Versicherungstechnische Rückstellung	53.333	6,2	–	–
Sonstige Forderungen	258	0,0	467	0,2
Gesamtvermögen	856.704	100,0	234.648	100,0
Wertpapiere und Finanzderivate	–	–	124.518	53,1
Kredite	97.658	11,4	31.840	13,6
Sonstige Verbindlichkeiten	159	0,0	1.505	0,6
Gesamtverbindlichkeiten	97.817	11,4	157.863	67,3
Reinvermögen¹⁾	758.887	88,6	76.785	32,7

¹⁾ Gesamtvermögen minus Gesamtverbindlichkeiten.

Gesamtwirtschaftlich relevante Vermögenskennzahlen

Die vorliegenden Berechnungen sind vorläufig und ausgesprochen approximativ; bei ihrer Interpretation und gesamtwirtschaftlichen Einordnung ist deshalb Vorsicht geboten. Einige Ergebnisse haben jedoch möglicherweise Konsequenzen für bestehende Datensysteme (z. B. Geldvermögensrechnung) oder einen Informationswert für weiterführende Studien.

Auf die analytische Bedeutung der Berechnungen zum Anlagevermögen (Maschinen, Geräte, Fahrzeuge und Bauten) muss nicht explizit hingewiesen werden – Kapitalstockschätzungen bilden die Basis für grundlegende empirische Analysen wie z. B. für Rentabilitäts- und Produktivitätsanalysen, für die Ermittlung des sektoralen und gesamtwirtschaftlichen Auslastungsgrades sowie für die ökonometrische Schätzung von Produktions- und Investitionsfunktionen.

Eine der wichtigen analytischen Aufgaben von Vermögensbilanzen ist wie erwähnt, statistisch zuverlässige Grundlagen für die Berechnung des Reinvermögens (Nettorealvermögen plus Nettogeldvermögen) zu schaffen. Damit eröffnet sich auch die Möglichkeit, für die nichtfinanziellen und finanziellen Kapitalgesellschaften einen zentralen, analytischen Indikator – nämlich das Eigenkapital – zu berechnen: Im Kontextsystem des ESVG 95 entspricht das Eigenkapital der Summe aus Reinvermögen und den Anteilsrechten. Für das Jahr 2000 ergeben die entsprechenden Schätzun-

gen für die nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften ein Eigenkapital von 65% des Gesamtvermögens (Vermögen plus Finanzvermögen). Diese vergleichsweise hohe Eigenkapitalquote für den Unternehmenssektor beruht zum überwiegenden Teil auf dem Beitrag des Reinvermögens.

Übersicht 3: Vermögensbilanz für nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften im Jahr 2000

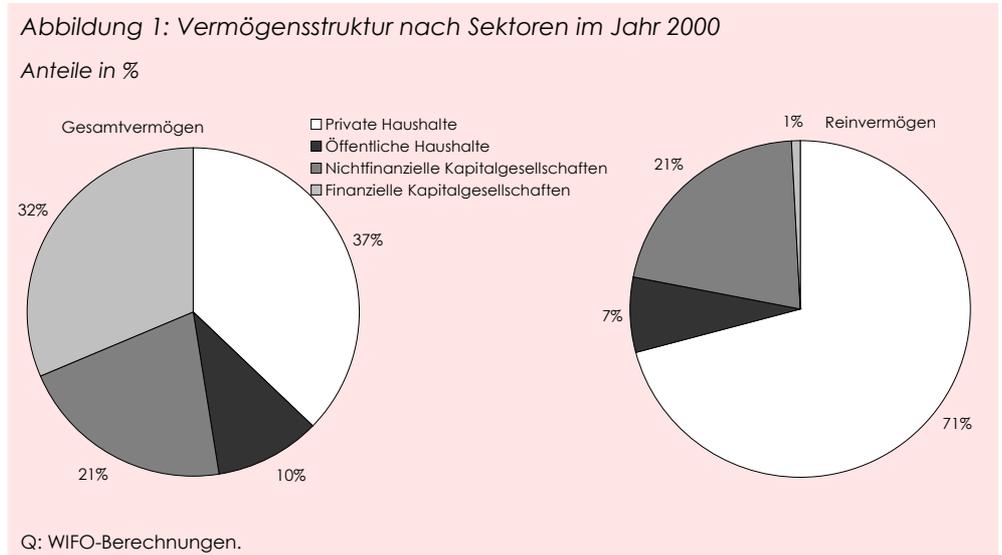
	Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften		Finanzielle Kapitalgesellschaften	
	Mio. €	Anteile in %	Mio. €	Anteile in %
Vermögensgüter	353.598	73,7	16.146	2,2
Produzierte Vermögensgüter	316.497	66,0	16.146	2,2
Anlagegüter	278.104	58,0	16.146	2,2
Sachanlagen	275.915	57,5	15.241	2,1
Nichtwohnbauten	186.791	38,9	11.603	1,6
Ausrüstungen	89.124	18,6	3.638	0,5
Fahrzeuge	16.060	3,3	136	0,0
Sonstige Ausrüstungen	73.064	15,2	3.502	0,5
Immaterielle Anlagegüter	2.188	0,5	905	0,1
Vorräte	38.393	8,0	–	–
Unfertige Erzeugnisse	4.965	1,0	–	–
Handelsware	33.428	7,0	–	–
Nichtproduzierte Vermögensgüter	37.101	7,7	–	–
Grund und Boden	35.265	7,4	–	–
Bauland	32.677	6,8	–	–
Land- und forstwirtschaftliche Nutzfläche	2.588	0,5	–	–
Bodenschätze	1.836	0,4	–	–
Kohle-, Erdöl- und Erdgaslager	465	0,1	–	–
Sonstige Bodenschätze	1.371	0,3	–	–
Finanzvermögen	126122	26,3	706.747	97,8
Währungsgeld und Sondererziehungsrechte	–	–	3.700	0,5
Bargeld und Einlagen	25.473	5,3	150.082	20,8
Wertpapiere und Finanzderivate	9.946	2,1	153.081	21,2
Kredite	12.548	2,6	284.819	39,4
Anteilsrechte	66.477	13,9	110.115	15,2
Versicherungstechnische Rückstellung	4.048	0,8	–	–
Sonstige Forderungen	7.630	1,6	4.950	0,7
Gesamtvermögen	479.720	100,0	722.893	100,0
Bargeld und Einlagen	–	–	384.305	53,2
Wertpapiere und Finanzderivate	17.675	3,7	117.175	16,2
Kredite	144.978	30,2	11.338	1,6
Anteilsrechte	86.284	18,0	136.260	18,8
Versicherungstechnische Rückstellung	–	–	57.382	7,9
Sonstige Verbindlichkeiten	6.235	1,3	6.261	0,9
Gesamtverpflichtungen	255.172	53,2	712.721	98,6
Reinvermögen¹⁾	224.548	46,8	10.172	1,4
Zum Vergleich: Eigenkapital²⁾	310.832	64,8	54.448	7,5

¹⁾ Gesamtvermögen minus Gesamtverpflichtungen. – ²⁾ Reinvermögen plus Anteilsrechte (Verpflichtungen) bzw. Anteilsrechte ohne Investmentzertifikate bei den finanziellen Kapitalgesellschaften.

Für den Sektor der finanziellen Kapitalgesellschaften ergeben Reinvermögen und Anteilsrechte (ohne Investmentzertifikate) eine Eigenkapitalquote (Eigenkapital in Prozent des Gesamtvermögens) von 7,5%. Dieser Wert erscheint im Lichte von einschlägigen Bilanzauswertungen sehr plausibel.

Von besonderem gesamtwirtschaftlichen Interesse ist auch die Vermögenslage der privaten Haushalte. Sie beeinflusst maßgeblich – gemeinsam mit dem verfügbaren Einkommen – das Konsumverhalten der privaten Haushalte. Die vorliegenden Schätzungen haben für die empirische Konsumanalyse nur sehr geringen analytischen Wert; allerdings unterstreichen die Ergebnisse die Notwendigkeit einer Vermögenserfassung, die über das Geldvermögen hinausgeht. Die Berechnungen bestätigen vor allem die Vorrangstellung von Realvermögen in Form von Immobilien (Wohngebäu-

de, Grund und Boden) innerhalb des Gesamtvermögensportefeuilles der privaten Haushalte: 45% des Gesamtvermögens der privaten Haushalte entfielen im Jahr 2000 auf Wohnbauten und Bauland, wesentlich mehr als die zweitwichtigste Vermögenskategorie der privaten Haushalte, das Finanzvermögen (mehr als 30% des Gesamtvermögens).



Literaturhinweise

- Almon, C., Bucklere, L. M., Horwitz, L. M., Reimbold, T., 1985: Interindustry Forecasts of the American Economy, Lexington Books, Lexington, MA., 1974.
- Böhm, B., Gleiß, A., Wagner, M., Ziegler, D., "Disaggregated Capital Stock Estimation for Austria – Methods, Concepts and Results", Applied Economics, 2002, (34), S. 23-37.
- Czerny, M., Hahn, F., Schuster, G., Szeider, G., Wölfl, M., Wüger, M., Beschäftigungswirkung der Bausparförderung in Österreich. Teil 2: Entwicklungstendenzen auf dem österreichischen Wohnungsmarkt – Wohnungsnachfrage und Sanierungsbedarf durch Wärmedämmung bis 2005, Studie des WIFO im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft Österreichischer Bausparkassen, Wien, 1997.
- Doubek, C., Winkler, P., "Trends der Siedlungsentwicklung in Österreich", ÖROK-Schriftenreihe, 1995, (121).
- Fuchs, I., "Naturvermögensrechnung Bodenschätze: Zur Bilanzierung der Vorräte", Statistische Nachrichten, 2000, (2), S. 117-128.
- Gerhold, S., "Ökologische Gesamtrechnung: Naturvermögen Österreichs", Statistische Nachrichten, 1995, (12), S. 936-942.
- Hahn, F. R., Magerl, Ch., Sektorale Vermögensrechnung für Österreich, WIFO, Wien, 2006, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=25916.
- Hahn, F., Schmoranz, I., "Estimates of Capital Stock by Industries for Austria", The Review of Income and Wealth, 1984, (30), S. 289-307.
- Kausel, A., Revision der Gesamtrechnung 1954-1964. Kapitalstock-Abschreibungen, Österreichisches Statistisches Zentralamt, Wien, 1971 (mimeo).
- Kausel, A., Gutachten zur Neuberechnung des Kapitalstocks der Industrie 1955-1973, Österreichisches Statistisches Zentralamt, Wien, 1975 (mimeo).
- Kletzan, D., Köppl, A., Kratena, K., Wüger, M., Ökonomische Modellierung nachhaltiger Strukturen im privaten Konsum. Am Beispiel Raumwärme und Verkehr, WIFO, Wien, 2002, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=22262.
- Lehner, G., Mooslechner, P., Vermögen in Österreich, Machbarkeitsstudie des WIFO im Auftrag des Bundesministeriums für Finanzen, Wien, 1991.
- OECD, "Methods Used by OECD Countries to Measure Stocks of Fixed Capital, National Accounts: Sources and Methods", Statistics Directorate, 1993, (2).
- OECD, Measuring Capital – A Manual of the Measurement of Capital Stocks, Consumption of Fixed Capital and Capital Services, Paris, 2001.
- OeNB, "Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung gemäß ESGV 95", Statistisches Monatsheft, verschiedene Jahrgänge.
- Schwarz, K., "Kapitalstockschätzung in der VGR", Statistische Nachrichten, 2002, (2), S. 124-127.
- Sekot, W., "Naturvermögensrechnung für den österreichischen Wald", Statistische Nachrichten, 1999, (8), S. 693-700.

Sekot, W., Stefsky, M., Integrated Environmental and Economic Accounting for Forests – Annual Set of Tables for ESA-Functions of Forests. Austria 1999, Universität für Bodenkultur, Institut für Sozioökonomik der Forst- und Holzwirtschaft, Wien, 2002.

Statistik Austria, Agrarstrukturerhebung 1999. Gesamtergebnisse, Wien, 2001.

Wüger, M., "Dauerhafte Konsumgüter – Nachfrage und Ausstattung der österreichischen Haushalte", WIFO-Monatsberichte, 1981, 54(2), S. 63-78.

Wealth in Austria – Summary

WIFO's calculations of approximate values for significant, nonfinancial, nonproduced assets in Austria by sectors, classified according to the sectoral accounts specified by the European System of Accounts 1995 (ESA 95), provide the first rough estimates of individual central asset categories and their sectoral distribution and as a result provide statistical guidance for further methodically well-founded computations.

Of particular analytical interest is the statistical compilation of the financial status of private households. This status significantly influences, together with disposable income, private household consumption. The results emphasise a need to compile data on household wealth that goes beyond just financial assets to include important categories such as real assets. Above all, calculations have confirmed the leading position that real assets in the form of real estate (residential buildings, property) take within total assets of private households. Residential buildings and building sites accounted for nearly half of the total assets of private households in the year 2000. Therefore, they clearly surpass the second most important category, financial assets (which encompass somewhat more than 30 percent of total assets).

A further important result of the study is the calculation of the approximate values for equity capital of nonfinancial and financial corporations. In the accounting system of ESA 95 equity corresponds to the sum of shares plus net worth. For the year 2000 the relevant estimates for nonfinancial corporations show equity at 65 percent of total assets (nonfinancial assets plus financial assets) of which more than a quarter are shares (or nearly 18 percent of total assets). The value of shares issued by nonfinancial corporations is taken from the financial accounts compiled by the Austrian National Bank. A corresponding comparative analysis on the basis of financial statements of nonfinancial corporations shows a relationship of net worth to nominal capital for the year 1998 of about 3 : 1.